

Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Migration
Mittwoch, 04.11.2020, 17:00 Uhr

Wichtige Hinweise für alle an der Sitzung teilnehmenden Personen:

Plätze für Besucherinnen und Besucher sind bei der Geschäftsführung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Migration, Telefon (0381) 381-5009 oder per E-Mail unter sozialamt@rostock.de bis zum **04.11.2020, 10:00 Uhr**, zu reservieren. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass aufgrund der aktuellen Umstände für Gäste und VertreterInnen der Medien insgesamt nur 12 Plätze zur Verfügung stehen. Die Vergabe der Plätze erfolgt in der Reihenfolge der Eingänge der Anmeldungen.

Gemäß § 7 i.V.m. Anlage 36 der Corona-Lockerungsverordnung der Landesregierung MV gegen das neuartige Coronavirus (Corona-Lockerungs-LVO MV) in der Fassung vom 7. Juli 2020 mit Gültigkeit bis 30.11.2020 werden die anwesenden Personen in einer Anwesenheitsliste mit Vor- und Familienname sowie vollständiger Anschrift und Telefonnummer erfasst.

Die Anwesenheitsliste wird gemäß vorgenannter Verordnung bei der Geschäftsführung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Migration für die Dauer von vier Wochen nach Ende der Sitzung aufbewahrt und ist der zuständigen Gesundheitsbehörde im Sinne des § 2 Absatz 1 Infektionsschutz Ausführungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern auf Verlangen vollständig herauszugeben. Weiterhin wird für die Durchführung der Sitzung dringend auf die Einhaltung der Regelungen des § 7 i.V.m. Anlage 36 der Corona-Lockerungs-LVO MV in der Fassung vom 7. Juli 2020 mit Gültigkeit bis 30.11.2020 hinsichtlich der gestiegenen hygienischen Anforderungen sowie des Einhaltens des Mindestabstands von 1,5 Metern zwischen Personen verwiesen.

gez. Ralf Mucha
Ausschussvorsitzender

von: 50

über: S3 gez. Bockhahn

an: Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Migration

2020-10-28
Sachb.: Herr Fiedler
Tel. -5099
Gz. 50/00

Tischvorlage Personalbedarf im Amt für Jugend, Soziales und Asyl

hier: Anfrage Herr Naß vom 21.10.2020

In den folgenden Abteilungen und Sachgebieten hat das Amt 50 kurz-, mittel- und langfristigen Handlungsbedarf an Stellenbesetzungen, da die aufgeführten Stellen notwendig sind, um die Verwaltungsleistungen der sozialen Daseinsvorsorge des A50 zugunsten der Rostocker BürgerInnen zu ermöglichen.

1.) Kurzfristiger Personalbedarf

1.1) Sachgebiet Qualitätsentwicklung / Planung

a) Zwei Stellenbesetzungen Sozialraumorientierung

Sachstand:

- Stellenbedarf wurde 11/2018 und 08/2019 angemeldet
- Keine Berücksichtigung im aktuellen Stellenplan / Nachtragshaushalt

Begründung:

- Stellenzuführung auf Grundlage der Entscheidung des Oberbürgermeisters vom 17.02.20 ist nicht erfolgt
- Stellen sind zur Entwicklung eines Fachkonzepts bis zur Umsetzung der Sozialraumorientierung auch nach dem BTHG notwendig
- Grundlagen bilden bereits gefasste Bürgerschaftsbeschlüsse

b) zwei Stellenbesetzungen Sozialplanung sowie Fachberatung Wohlfahrtsfinanzierungs- und -transparenzgesetz MV

Sachstand:

- Stellenbedarfe wurden 2019 angemeldet
- Keine Berücksichtigung im aktuellen Stellenplan / Nachtragshaushalt
- Stellen müssen zwingend aufgrund der neuen Aufgaben der Kommune im Rahmen der Kommunalisierung der Beratungslandschaft nach dem Wohlfahrtsfinanzierungs- und -transparenzgesetz MV zugeführt werden

Begründung:

- Neue Zuständigkeiten für Angebote an Sozial- und Gesundheitsberatung i.R. der Wohlfahrtspflege
- In Vorbereitung der Umsetzung bedarf es der Bestandaufnahme, einer Analyse der Bedarfe der Ausschreibung und Aushandlung des Leistungsumfangs sowie der Aufstellung einer Fachplanung
- Die Stellen sind konnexitätsrelevant

c) Eine Stellenbesetzung Koordination baufachliche Prozesse

Sachstand:

- Stellenanmeldung 11/2018 und 08/2019 erfolgt
- Keine Berücksichtigung im aktuellen Stellenplan / Nachtragshaushalt.

Begründung:

- Hohe Komplexität der Vorbereitung von Bauvorhaben im Rahmen der Jugendhilfe und Sozialplanung / Kita Neubau auch für I-Kitas)
- Enormer Umfang
- Hohe finanzielle Auswirkungen
- Jugendhilfe- und Sozialplanung als strategische Steuerungsunterstützung werden mit baufachlichen Fragen überfrachtet.

1.2) Abteilung Finanzen und Controlling

a) Drei Stellenbesetzungen Verhandlungsmanagement

Sachstand:

- Stellen wurden beantragt und in den Ergänzungsbeschluss des Haushaltes aufgenommen

Begründung:

- Eine schnelle Stellenbesetzung ist auf Grund des hohen Arbeitspensums zwingend erforderlich

b) Stellenbesetzung 2 VzÄ SB Förderung

Sachstand:

- Antrag auf Stellenzuführung wurde gestellt
- Stellen sind nicht im Ergänzungshaushalt berücksichtigt worden

Begründung:

- Laut Bericht der Org.-Untersuchung des Hauptamtes vom 25.11.2019 sind dem Sachgebiet 50.13 im Bereich der Förderung zusätzliche 2 x 0,75 VzÄ bestätigt worden.

1.3) Abteilung Eingliederungshilfe

a) Sachbearbeiter Eingliederungshilfe für Minderjährige

Sachstand:

- Stellen wurde in Stellenbedarfsplanung 2018 als notwendig durch Amt 50 und Hauptamt bestätigt
- Stellen nicht im Stellenplan 2020 / 2021 berücksichtigt, obwohl diese bestätigt worden sind
- 3 Stellen, die für Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes benötigt wurden, sind in Stellen für die BUGA-Umsetzung umgewandelt worden

Begründung:

- Stellenschlüssel von 1:75 für Fallbearbeitung kann ohne die Stelle nicht erreicht werden
- Keine Antwort auf Kompensationsangebote für umgewandelte BUGA Stellen
- Fallzahlenentwicklungen bestätigen Notwendigkeit der Stellen

b) Wohlfahrtsfinanzierungs- und -transparenzgesetz MV

Sachstand:

- mehrfache Erstellung von Stellungnahmen an Hauptamt und Verwaltungsspitze, die Schaffung neuer Stellen erörterten
- Integration von zwei Stellen im Stellenplan beschrieben, jedoch nicht zu Besetzung berücksichtigt

Begründung:

- gesetzliche Aufgaben können ohne Personal nicht umgesetzt werden
- Amt 50 setzt sich im Rahmen der Konnexitätsverhandlungen mit dem Land weiterhin für eine Finanzierung der Stellen ein

c) Fachberaterstelle Eingliederungshilfe Minderjährige

Sachstand:

- erhebliches Maß an Mehrarbeit für Gesetzesumsetzung BTHG
- Organisationsuntersuchung läuft derzeit, jedoch zeichnet sich ein Bedarf an einer zusätzlichen unbefristeten Stelle ab
- Stelle wird aktuell befristet ausgeschrieben

Begründung:

- Qualitätsstandards des Bundesteilhabegesetzes müssen umgesetzt werden
- 125 Leistungsangebote nach SGB IX in der HRO müssen verhandelt werden
- zusätzlich muss Wirkungsmessung zu den erbrachten Leistungen gegenüber den BürgerInnen erfolgen

-

2.) Mittelfristiger Personalbedarf

2.1) Sachgebiet Qualitätsentwicklung / Planung

a) Eine Stellenbesetzung Qualitätsmanagement A50

Sachstand:

- Besetzungsantrag am 26.01.2016 gestellt
- Erneute Stellenanmeldung 11/2018 und 08/2019 erfolgt
- Keine Berücksichtigung im aktuellen Stellenplan/Nachtragshaushalt.

Begründung:

- Gesetzliche Normierung der pflichtigen Aufgabe in diversen Sozialgesetzbüchern (u.a. im SGB VIII/ Bundeskinderschutzgesetz, SGB XI, SGB XII)
- Entwicklung, Anwendung und regelmäßige Überprüfung der Grundsätze und Maßstäbe für Qualität

2.2) Abteilung Sozialhilfe

a) Sachgebiet Hilfe zur Pflege (50.21)

Sachstand:

- Erhöhung der Pflegeheimkosten kann durch viele BürgerInnen finanziell nicht mehr bewältigt werden

- Einkommensgrenze für unterhaltspflichtige Eltern und Kinder wurde im Angehörigenentlastungsgesetz auf 100.000,00€ angehoben

Begründung:

- mehr Pflegebedürftige werden auf Leistungen der Sozialhilfe angewiesen sein
- bereits jetzt fehlen 0,573 VZÄ im Sachgebiet, was mit Zunahme der Anträge signifikant steigen wird

2.3) Abteilung Eingliederungshilfe

a) Stellenbesetzung Projekt Langzeitarbeitslose

Sachstand:

- Idee des Oberbürgermeisters soll umgesetzt werden
- Gespräche zwischen dem Hauptamt, der Bundesagentur für Arbeit, dem Hansejobcenter und dem Amt 50 sind erfolgt
- Bewertungskommission hat am 18.05.2020 getagt
- Mit Schreiben vom 24.06.2020 teilte das Hauptamt gegenüber dem Amt 50 mit, dass das Projekt aufgrund der Arbeitsmarktlage zurückgestellt wurde

Begründung:

- Es ist nicht ersichtlich, warum nach der Auffassung Amt 10 die aktuelle Arbeitsmarktsituation Einfluss auf die Umsetzung des durch den Oberbürgermeister initiierten Projektes haben sollte
- Eine Stellenbesetzung für die Projektdurchführung muss erfolgen

3.) Langfristiger Personalbedarf

3.1) Sachgebiet Qualitätsentwicklung / Planung

b) Eine Stellenbesetzung Öffentlichkeitsarbeit A50

Sachstand:

- Stellenanmeldung 11/2018 und 08/2019 erfolgt
- Keine Berücksichtigung im aktuellen Stellenplan / Nachtragshaushalt

Begründung:

- Außenwirkung des Amtes über Imagekampagnen verbessern
- Öffentlichkeitsarbeit des A 50 bedarf einer professionellen Ausrichtung , insbesondere im Rahmen des Krisenmanagements Kindeswohl

gez. Robert Pfeiffer
 Amtsleiter